



Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 26.10.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Sporthalle Oststadt
- Entwurfs- und Baubeschluss (Projektbeschluss)
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 202/23

Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat beschließt den Neubau der „Sporthalle Oststadt“ auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung mit Gesamtprojektkosten von rd. 16,625 Mio. EUR (KG 200 -700, inkl. Unvorhergesehenes und Baupreissteigerung). Die Erstellung in Element-/Modulbauweise wird aufgrund mangelnder Kostenvorteile nicht weiter verfolgt.
2. Dem Bau einer Photovoltaikanlage auf der kompletten Dachfläche der „Sporthalle Oststadt“ mit Projektkosten von rd. 360.000 EUR (KG 400+700, inkl. Unvorhergesehenes und Baupreissteigerung) wird zugestimmt.
3. Der Weiterbeauftragung der Planungsleistungen an die externen Planer wird zugestimmt.
4. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2024 ff. zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung

keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf. Man könne heute eine preisreduzierte gute Planung vorlegen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

TOP 1

**Sporthalle Oststadt
- Entwurfs- und Baubeschluss (Projektbeschluss)
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 202/23

BMin **Schwarz** geht auf den Antrag der FDP-Fraktion Nr. 432/22 ein und eröffnet die Aussprache. Sie erteilt der antragstellenden Fraktion das Wort.

Die Vereine warten schon lange auf die Halle, sagt Stadtrat **Eisele** und zeigt sich mit der Lösung zufrieden. Die Halle habe keine eigenen Stellplätze, gibt er zu bedenken. Er werde jedoch heute auf eine Stellplatzdiskussion verzichten.

Die Halle sei wichtig für den Schul- und Vereinssport, meint Stadtrat **Sorg**. Die PV-Anlage amortisiere sich schnell und sei deshalb richtig rauszurechnen. Die Klimaneutralität nach 14 Jahren sei ein guter Wert. Er vertieft ebenso die Diskussion zu den Stellplätzen heute nicht. Ihn interessiert, ob in der Zukunft Probleme und Altlasten beim Rückbau zu erwarten seien. Mögliche Zuschüsse aus der Holzbauförderung sollen abgefragt werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Braumann** lobt das gute Ergebnis für den längst überfälligen Stadtbaustein und lobt die hohe Transparenz. Er hofft auf eine schnelle Umsetzung. Dass die Parkierung unter der Sporthalle nicht umgesetzt werde, sei schade. Bei den Außenanlagen bittet er um Reduzierungen um Kosten einzusparen. Ausdrücklich erwähnt und lobt er die vorbildliche Darstellung der globalen Kosten bei der Vorplanung. Man könne kostentechnisch nicht jede Halle mit einer anderen vergleichen. Er geht auf den Stellplatzschlüssel im Baugebiet Fuchshof ein und merkt an, dass jeder Platz in der Tiefgarage ein Beitrag zur Entlastung im Quartier diene. Es solle pro Wohneinheit mindestens ein Stellplatz vorausgesetzt werden. Der beschlossene Stellplatzschlüssel im Fuchshof sowie beim Sportpark sehe er als falsch an. Seine Fraktion habe in beiden Bereichen eine Erhöhung gefordert.

Stadtrat **Remmele** freut sich und drängt hinsichtlich der steigenden Baukosten auf eine schnelle Ausschreibung. Er wünscht eine Fassadenbegrünung. Die fehlende Parkierung bemängelt er, sei jedoch alternativlos angesichts der Kosten.

Stadträtin **Liepins** stimmt der Vorlage gerne zu. Sie geht auf die Stadtteilausschusssitzung Oßweil ein. Hier sei darauf hingewiesen worden, dass ein weiterer Hallenbau nicht vor 2035 möglich sei. Sie wünscht mehr Fenster, nicht nur an der Nordseite oder zumindest eine Fassadenbegrünung. Hierzu wünscht sie eine Kosteneinschätzung. Für die Parkierung müsse dringend eine Lösung gefunden werden. Sie wünscht die Konzentration an einer Stelle durch eine Park-Hochgarage. Sie fragt, ob über dem bestehenden Parkplatz eine Parkebene aufgesetzt werden könne. Weiter spricht sie die Zaunanlage vor dem Stadion an und fragt, wann die Umsetzung geplant sei. Der Berliner Platz solle autofrei werden.

Stadträtin **Kainz** geht ebenso mit der Vorlage mit. Die Planungen seien abgespeckt und dennoch ausreichend. Zudem sei eine Erweiterung möglich. Die Fällung der Kastanienbäume sei schade. Am

Gebäude solle südlich eine Fassadenbegrünung angebracht werden.

Stadtrat **Link** äußert sich kritisch. Die Sporthalle Hoheneck habe vergleichsweise rund 3 Millionen gekostet. Er geht davon aus, dass KfW 55 ausreichend und grundsätzlich der Standard zu hoch angesetzt sei. Er wünscht weiterhin eine Sporthalle auf Stützen. Die Erweiterungsmöglichkeit begrüßt er.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die offenen Fragen ein. Die Stadt habe mehrere Anbieter abgefragt, nur zwei Firmen haben reagiert. Mit Modulbauten käme man auch nicht günstiger weg. Die Holzbauförderung greife nicht, da kein innovativer Holzbau möglich sei. KfW 40 werde gefördert und man spare Energie im Betrieb. Der

TOP 1

**Sporthalle Oststadt
- Entwurfs- und Baubeschluss (Projektbeschluss)
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 202/23

geschlossene Betonkörper sei weniger umweltbelastend und leichter zu entfernen. Weiter geht er auf die Fassadenbegrünung ein. Holz und Begrünung vertragen sich nicht und der Aufwand für die Pflege und Betreuung sei sehr hoch. Die Kosten für eine Zisterne werden den Außenanlagen zugeschlagen. Die Baumallee sei denkmalgeschützt. Man habe eigens einen Baumgutachter hinzugezogen. Die Bäume seien innen hohl und können nicht erhalten werden. Es sollen vor und hinter der Halle jedoch acht neue Bäume gepflanzt werden.

BMin **Schwarz** geht auf die finanzielle Situation der Stadt ein, daher sei die Mehrzweckhalle in Oßweil nicht vor 2035 möglich. Sie bittet darum, heute nicht die Stellplätze anderer Baugebiete zu diskutieren. Die Parkplätze vor dem Stadion werden der Nutzung zur Verfügung gestellt und die Abzäunung rückgebaut. Der genaue Umsetzungstermin werde nachgeliefert. Mit dieser Halle verbaue man sich nichts, merkt sie an. Viele Möglichkeiten, wie Tiefgarage, Parkgarage oder Neugestaltung des Berliner Platzes, seien weiterhin denkbar. Der Wunsch nach einer Fassadenbegrünung werde bei künftigen Projekten mitgedacht. Bei dieser Holzfassade sei eine Begrünung nicht zu empfehlen, auch hinsichtlich der Kosten. Weitere Fenster östlich und westlich machen Jalousien erforderlich. Das nördliche Fensterband sei durchaus ausreichend. Die Reduktion der Außenanlagen auf ein Minimum wird mit dem Fachbereich Grünflächen besprochen. Hier könne beispielsweise der vorhandene Fußweg mitgenutzt werden. Die Verlegung der langen Leitungen führen zudem zu den hohen Kosten bei der Außenanlage. Die Halle in Hoheneck sei nicht vergleichbar, da diese viel kleiner sei. Sie lässt über die Vorlage abstimmen. Der Antrag der FDP-Fraktion Nr. 432/22 ist hiermit erledigt.

TOP 2

**Justinus-Kerner-Gemeinschaftsschule - Berliner
Platz
Sanierung und Erweiterung NWT-Trakt
- Anpassung der Beschlusssumme**

Vorl.Nr. 275/23

Beschluss:

1. Der Bauausschuss beschließt die Anpassung der Projektkosten für die Sanierung und Erweiterung des NWT-Traktes im Bestandsgebäude der Justinus-Kerner-Gemeinschaftsschule, Berliner Platz 2. Die Projektkosten werden im Rahmen der allgemeinen Baupreissteigerung sowie der zusätzlichen Maßnahmen von 1,75 Mio. EUR inklusive 19% MwSt. (Kostengruppen 300, 400, 600 + 700, einschl. Zuschläge) auf 2,4 Mio. EUR brutto fortgeschrieben.
2. Die zusätzlich benötigten Finanzmittel von 650.000 EUR werden im folgenden Haushaltsjahr 2024 auf diesem Auftrag nachfinanziert. Die Mittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts 2024 ff. gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** führt in das Thema ein und merkt an, dass die Beschlusssumme leider nicht ausreiche und eine Anpassung erfolgen müsse.

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Sorg** fragt, wie die Mehrkosten finanziert werden und ob deshalb andere Projekte zurückgestellt werden müssen. Er zeigt Verständnis dafür, dass die alte Beleuchtung ausgetauscht werden müsse. Durch die Umrüstung können Betriebskosten eingespart werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Braumann** ist verwundert, warum die Erfahrungen aus anderen Umbauten nicht vollständig eingeflossen seien. Die Dämmung des Daches fehle nach wie vor. Die Kostenübersicht werfe Fragen auf und er wünscht hierzu mehr Information zu einzelnen Gewerken. Er wünscht künftig Angaben zu den Eigenleistungen.

Kostensteigerungen werden noch öfters vorkommen, meint Stadtrat **Remmele**. Er fragt, wieviel LUX momentan und künftig im Flur gegeben sei. Zudem interessiert ihn, wie viele Schulen noch umgerüstet werden müssen. Er bemängelt, dass bei der Klausur keine Kosten für Verschattungen und Licht genannt wurden. Die Maßnahmen sollen grundsätzlich schneller umgesetzt werden, um die Kosten einzuhalten.

Neue Anforderungen müssen umgesetzt und realisiert werden, so Stadtrat **Juranek**. Er geht auf die Diskrepanz der Mehrkosten von rund 40% zur Baukostensteigerung von 30% ein. Aufwendungen für Elektroinstallationen hätte bereits anfangs eingerechnet gehört. Er fragt, ob die Mitnutzung der

TOP 2

Justinus-Kerner-Gemeinschaftsschule - Berliner Platz Sanierung und Erweiterung NWT-Trakt - Anpassung der Beschlusssumme

Vorl.Nr. 275/23

Lernflure erst nachträglich aufgenommen worden sei. In diesem Zusammenhang geht er auf den Brandschutz ein und fragt, ob an die Möblierung spezielle Anforderungen gestellt werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Eisele** wird ebenso der Vorlage zustimmen. Manche Gewerke seien nachträglich hinzugekommen. Auch er fragt nach der Finanzierung der Mehrkosten.

Es gebe keine Alternative, meint Stadträtin **Kainz**.

Stadtrat **Link** bemängelt die Kostenaufstellung und kann diese nicht nachvollziehen. Zudem seien keine Maßnahmen für Klimaschutz, Energieeinsparungen und Dachdämmung vorgesehen und er fragt, warum diese nicht in einem Zuge mitgedacht werden.

Beim Bau der Fuchshofschule bleibe man unter den erwarteten Kosten, erklärt der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft. Dort benötige man 1,5 Millionen Euro weniger als zunächst berechnet. Die Mehrkosten können dadurch finanziert werden. Die Kostenaufstellung werde während des Bauverlaufes von Gewerken auf einzelne Positionen heruntergebrochen. Künftig werde dies genauer aufgeschlüsselt. Manche Positionen, wie Estricharbeiten, seien während des

Umbaus hinzugekommen. Die Maßnahmen für die Lernflure seien anfangs nicht vorgesehen gewesen. Während des Umbaus habe man eine Baugenehmigung hierfür erhalten. Eine neue Beschilderung der Fluchtwege und Beleuchtung habe eine neue Verkabelung notwendig gemacht. Zudem habe man eine Schallschutzdecke eingezogen. Die Elektroplanung konnte aufgrund der Komplexität und Zeit nicht intern abgewickelt werden und musste fremdvergeben werden. Die Eigenkosten seien mit 10% pauschaliert. Aktuell habe man 200 LUX, künftig 500. An den Schulen erfolge eine sukzessive Umrüstung.

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die Clusterlösung der Lernflure ein. Das Mobiliar müsse schwer entflammbar und fest montiert sein. Die Einhaltung des Fluchtweges müsse gewährleistet werden.

Die Anmerkungen zur Kostenübersicht bei Nachsteuerungen und Positionsdarstellungen werden mitgenommen, merkt BMin **Schwarz** an. Die Lernflure habe es bereits vor dem Umbau gegeben, jedoch seien durch die Genehmigung umfangreiche Maßnahmen erforderlich geworden. Man mache keine Grundsanierung, sondern einen Umbau im Innenbereich. Der Bauunterhalt sei im konsumtiven Haushalt abgebildet. Sie lässt über die Vorlage abstimmen.

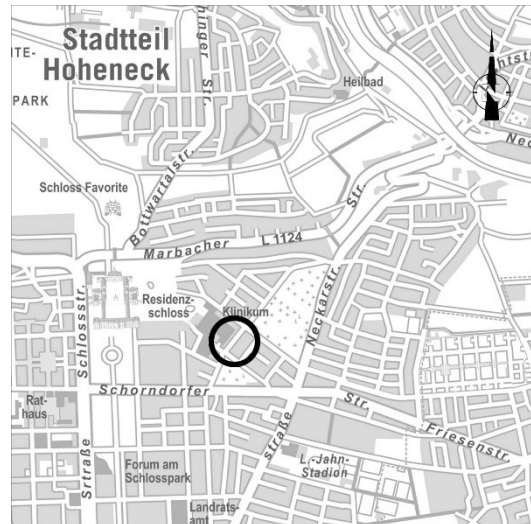
TOP 3

**Bebauungsplan und Satzung über örtliche
Bauvorschriften "Klinikum Meiereistraße 1" Nr.
013_15_00
- Aufstellung, Entwurf und förmliche
Beteiligung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 240/23

Beschlussempfehlung:

I. Dem Entwurf des Bebauungsplanes „Klinikum Meiereistraße 1“ Nr. 013_15_00 mit integrierter Satzung über örtliche Bauvorschriften wird zugestimmt. Maßgebend sind der Bebauungsplanentwurf (zeichnerischer Teil – Anlage 1), sowie die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3), jeweils mit Datum vom 27.09.2023.



II. Ziel der Planung ist die Sicherung und Entwicklung des Klinikums Ludwigsburg am Standort Posilipostraße und die Anpassung des übergeleiteten Planrechts auf dem Baugrundstück Meiereistraße 1.

III. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Anlage welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wird abgesehen.

IV. Der Bericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird zur Kenntnis genommen (Anlage 4). Die abschließende Abwägungsentscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen bleibt dem Satzungsbeschluss vorbehalten.

V. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die **stellvertretende Leiterin** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung sowie eine **Vertreterin** des Klinikums gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

**Bauvorschriften "Klinikum Meiereistraße 1" Nr.
013_15_00
- Aufstellung, Entwurf und förmliche
Beteiligung
(Vorberatung)**

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** spricht von einem notwendigen Schritt für die ambulanten Behandlungen. Sie fragt, ob anstatt eines Abrisses auch ein Umbau möglich wäre. Ihre Fraktion werde zustimmen.

Der Rahmenplan sei ein Instrument für die zukünftige Entwicklung des Klinikums, merkt Stadtrat **Braumann** an und sei wichtig für die Daseinsvorsorge. Er dankt für das Engagement. Die Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und gute Erreichbarkeit seien wesentliche Faktoren für das Klinikum. Er bittet um Prüfung der Höhenentwicklung bis zur Gemeinderatsitzung.

Stadtrat **Remmele** fragt ebenso, ob ein Umbau möglich sei und spricht die graue Energie an. Das Gebäude solle multifunktional und universell umgebaut oder neugebaut werden. Er spricht sich für ein weiteres Stockwerk aus.

Das Entwicklungskonzept sei für die Zukunft des Klinikums wichtig. Stadtrat **Juraneck**. Das bisherige Gebäude sei noch nicht alt und er geht davon aus, dass eine ernsthafte Prüfung hinsichtlich des Abrisses stattgefunden habe. Er hoffe, dass die Realisierung und Konzeptentwicklung nicht durch politische Turbulenzen gehemmt werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Die Maßnahmen seien sinnvoll, meint Stadtrat **Eisele** und er ist froh, dass das Klinikum in Ludwigsburg sei. Er stehe voll hinter dem Rahmenplan. Er geht davon aus, dass künftig vermehrt ambulant behandelt werde und hierfür brauche man ein Zentrum.

Stadträtin **Kainz** wird der Vorlage ebenso zustimmen. Die Lage sei nicht ideal hinsichtlich der Anwohnenden. Eine Konzentration der Behandlungen sei sinnvoll. Sie könne sich ebenso einen ressourcenschonenden Umbau oder eine Aufstockung vorstellen. Zum Freiraumkonzept wünscht sie Entsiegelungen.

Während der Bauphase solle das Material vor Ort recycelt werden, um ressourcenschonend eine lokale Kreislaufführung zu erhalten, regt Stadtrat **Sorg** an.

Stadtrat **Link** weist auf die enorme Lärmbelastung und den hohen Platzbedarf beim Recycling vor Ort hin. Er fragt, ob die Möglichkeit einer weiteren Stockhöhe geprüft worden sei und spricht sich dafür aus. Zudem solle ein Aufzug eingebaut werden.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung geht auf die offenen Fragen des Gremiums ein. Das bisherige Gebäude sei speziell für eine Schulnutzung zugeschnitten. Das Klinikum erhalte durch den Neubau ein Funktionsgebäude.

Das Gebäude sei für eine Schule konzipiert und nicht für eine medizinische Nutzung, auch hinsichtlich der Geschosshöhen, fügt eine **Vertreterin** des Klinikums hinzu. Die Substanz sei mit Schadstoffen und Undichtigkeiten belastet und spreche gegen eine Instandhaltung. Zudem liegen

die Treppen sehr ungünstig. Man brauche langfristig ein Gebäude mit multifunktionaler Nutzung. Strukturreformen und Ambulantisierung könnten im Neubau abgebildet werden. Das Klinikum werde sich mit ihrem Konzept an den Rahmenplan halten.

TOP 3

**Bebauungsplan und Satzung über örtliche
Bauvorschriften "Klinikum Meiereistraße 1" Nr.
013_15_00
- Aufstellung, Entwurf und förmliche
Beteiligung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 240/23

Intern habe man die Gebäudehöhe diskutiert, teilt BMin **Schwarz** mit. Das heutige Gebäude habe bereits ein Geschoss weniger. Sie spricht die angrenzende Wohnbebauung und ein denkmalgeschütztes Gebäude in der Nachbarschaft an. Sowohl aus städtebaulicher Sicht, wie auch aufgrund der Bedarfe des Klinikums, habe man sich für diese Höhe entschieden.

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung merkt an, dass die maximale Gebäudehöhe festgelegt sei, dennoch sei ein Staffelgeschoss möglich. Das Maß an Möglichkeiten für das Klinikum sei gut und die städtebauliche Situation könne angemessen gestaltet werden. Das Vorhaben werde im Gestaltungsbeirat beraten.

Bis zur Gemeinderatsitzung werde eine Stellungnahme zu den Bedarfen vom Klinikum eingeholt merkt BMin **Schwarz** an. Sie lässt über die Vorlage abstimmen.

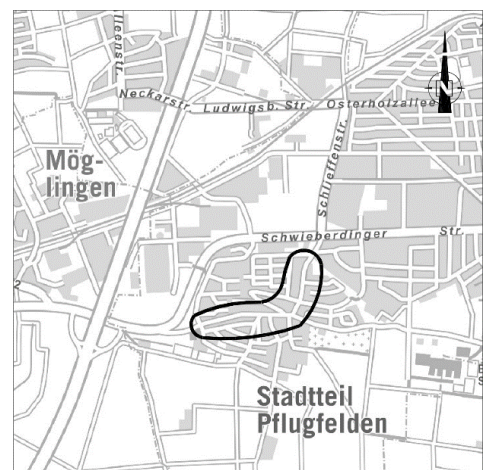
Abweichende Beschlussempfehlung:

1.
Dem Entwurf des Bebauungsplanes Werbeanlagen Eglosheimer Straße / Möglinger Straße" Nr. 061/02 wird zugestimmt. Maßgebend sind der Bebauungsplanentwurf (zeichnerischer Teil – Anlage 1), sowie die textlichen Festsetzungen (Anlage 2, Teil A) und die Begründung (Anlage 3), jeweils mit Datum vom 06.10.2023.

2.
~~Der~~ *Dem Entwurf zur* Satzung über örtliche Bauvorschriften wird zugestimmt. Maßgebend sind der Bebauungsplanentwurf (zeichnerischer Teil – Anlage 1), sowie die textlichen Festsetzungen (Anlage 2, Teil B) und die Begründung (Anlage 3), jeweils mit Datum vom 06.10.2023.

3.
Ziel der Planung ist die Regelung der Art, Form und Größe von Werbeanlagen entlang der Eglosheimer Straße und Möglinger Straße als Ortsdurchfahrt von Pflugfelden.

4.
Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss
Befangenheit: Stadtrat Remmele

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

TOP 4

**Bebauungsplan und Satzung über örtliche
Bauvorschriften "Werbeanlagen Eglosheimer
Straße / Möglinger Straße" 061/02
- Entwurf und förmliche Beteiligung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 257/23

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Remmele** erklärt sich für befangen und rückt in den Zuschauerraum ab. Er merkt an, dass er in diesem Bereich selbst eine bestehende Werbeanlage habe.

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet BMin **Schwarz** die Aussprache. Für bestehende rechtskräftig genehmigte Anlagen bestehe Bestandschutz.

Stadträtin **Liepins** fragt, warum unter Ziffer II bereits heute der Satzung zugestimmt werde.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung merkt an, dass heute der Entwurfsbeschluss gefasst werde. Danach erfolge der Satzungsbeschluss.

BMin **Schwarz** formuliert während des Beratungsverlaufs einen geänderten Beschlussvorschlag zu Ziffer II, wie oben kursiv und gestrichen eingefügt und stellt diesen zur Abstimmung.

TOP 5

**Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg
Investitions-Kapazitäts-Steuerung im
Baubereich (INKAS), Stand 09/2023**

Vorl.Nr. 249/23

Beratungsverlauf:

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Mitteilungsvorlage ein.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Molkenthin-Keßler** freut sich über die Photovoltaikmaßnahmen.

Stadtrat **Link** geht auf die unvorhergesehenen Zusatzmaßnahmen an der Friedrich-von-Keller-Schule ein. Er übt Kritik an der Kostenaufstellung und wünscht dort mehr Information zu den Abrechnungen. Er fragt, ob die Umbaumaßnahme am Ehrenhof bereits eingerechnet sei und eventuell zurückgestellt werden könne. Zudem will er wissen, wie weit die Maßnahme Wilhelmstraße 1-5 fortgeschritten sei.

Teilweise haben die Projekte noch einen langen Zeitablauf und es könne noch Unvorhergesehenes dazukommen, merkt Stadtrat **Remmele** an. Grundsätzlich sei die Prognose gut, lobt er.

Das größte Projekt sei das Bildungszentrum-West, sagt Stadträtin **Liepins**. Sie geht weiter auf die

TOP 5

**Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg
Investitions-Kapazitäts-Steuerung im
Baubereich (INKAS), Stand 09/2023
- Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft**

Vorl.Nr. 249/23

Fenster- und Dachsanierung der Eichendorffschule ein und will wissen, wann dies umgesetzt werde.

Stadtrat **Eisele** lobt die Projektabwicklung zur Fuchshofschule, das gute Ergebnis und die gute Transparenz. Er fragt, ob es ebenso eine ähnliche Berichterstattung im Mobilitäts- und Umweltausschuss gebe.

Stadträtin **Kainz** dankt für den Bericht. Sie interessiert sich für die abgeschrankten Baumgruppen am BZW.

Stadtrat **Braumann** weist auf die Problematik auf dem Schulcampus zu den Saatkrähen und Verkotung der Fahrräder hin. Hierzu seien dringend Maßnahmen erforderlich.

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die offenen Fragen ein. Zur Fassade und Gebäudehülle der Eichendorffschule werde im kommenden Jahr eine Vorlage erstellt. Die Bäume vor der abgebrochenen Hausmeisterwohnung beim BZW bleiben bestehen. Für die Maßnahme Wilhelmstraße mussten anfangs viele Detailfragen zum Brandschutz geklärt werden. Im Sommer des kommenden Jahres sei das Projekt fertiggestellt.

Im Mobilitäts- und Umweltausschuss gebe es eine ähnliche Berichterstattung, fügt BMin **Schwarz** hinzu. Die Themen Ehrenhof und Saatkrähen werden im Mobilitäts- und Umweltausschuss beraten.

Die Umsetzung des Ehrenhofes sei aufgrund der hohen Fördersummen sinnvoll. Sie stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 6

**Vertrag Landkreis Containeraufstellung
- Grundstück Flst. 4900, Daimlerstraße
(Parkplatz Schulzentrum Römerhügel) zur
Unterbringung Geflüchteter**

Vorl.Nr. 283/23

Beschluss:

Die Stadt wird beauftragt, mit dem Landkreis Ludwigsburg einen Mietvertrag über eine Teilfläche von ca. 2.780 m² des städtischen Grundstücks Flst. 4900, Gemarkung Ludwigsburg an der Daimlerstraße abzuschließen. Der Landkreis benötigt die Fläche zur Aufstellung von Containern für die weitere Unterbringung Geflüchteter. Die Miete beträgt wie bei den übrigen an den Landkreis zur Unterbringung Geflüchteter zu überlassenden Flächen 1,50 €/ m²/ Monat, somit insgesamt 50.040,00 €/Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet BMin **Schwarz** die Aussprache.

Der Mietpreis sei zu günstig, moniert Stadträtin **Dr. Knoß**.

Stadtrat **Braumann** fragt, ob der Kreis ebenso ein Sicherheitskonzept in Auftrag gegeben habe. Zudem erwarte er vom Kreis die Einbeziehung einer Bürgerbeteiligung in die Konzeption.

Die Miete sei üblich für Verkehrsflächen, meint Stadtrat **Juranek**. Er fragt, warum die Fläche nicht verkauft werde. Weiter weist er auf die im Boden liegenden Installationen zur Stadtentwässerung hin.

Stadträtin **Kainz** fragt, ob Kosten für die Stadt anfallen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Liegenschaften und Wohnen geht auf die Fragen des Gremiums ein. Auf dem Grundstück befinde sich ein Regenrückhaltebecken und könne deshalb nicht verkauft werden. Der Landkreis habe die Miethöhe von 1,50 Euro vorgeschlagen. Im Sommer sei hierzu ein Beschluss gefasst worden. Die übliche Miete für Privatflächen sei niedriger.

BMin **Schwarz** lässt über die Vorlage abstimmen. Die Miete decke die Kosten und die Hinweise zur Bürgerbeteiligung und zum Sicherheitskonzept werden zum Gespräch mit dem Landkreis mitgenommen.

BMin **Schwarz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.